Wiener Allgem. Versicherungsges.
I. Neues Allgemeines. Tel. 21.360.
Gegründ. v. verantw. Red.: R. Heyl.
18. Jahrg. Wien, Donnerstag, 10. Sept. 08.

Bezirksvertretung Neubau. Die Bezirksvertretung des 7. Bezirks Neubau hielt am Mittwoch den 16. d. M. nachm. 1/2 5 Uhr im Gemeindehaus 7. Bez. Neubaugürtel 25 eine öffentliche und eine Ausschuß-Sitzung ab.

Ein Winterfremdenbad in Wien. Der Gemeinderat beschloß heute nach einem Berichte des G.-R. Ofenberger, das städt. Strombad Augartenbrücke nach Schluß der Badesaison bis auf weiteres als Winterfremdenbad offenzuhalten. Der Winterbetrieb wird auf das Frauenbad beschränkt und wird schlang fortgesetzt, als eine Bedürfnisfrage nachgewiesen ist und die Lebensverhältnisse es gestatten. Der Preis bleibt der bisherige, doch haben Bäderkarten keine Gültigkeit, ein Bade bei elektrischem Licht findet nicht statt.

Armenrätewahlen. Der Gemeinderat hat nach einem Berichte des G.-R. Kitzberger die Wahl der Herren Otto Grant, Wilhelm Kinder, August Schinkel, Theodor Schmaeck und Nikolaus Wachter zu Armenräten des 10. Bezirks, nach einem Berichte des G.-R. Kaffalz die Wahl der Herren Wolfgang Nadreid und Georg Malnbri zu Armenräten des 6. Bezirks und nach einem Berichte des G.-R. Jäger die Wahl des Herrn Ferdinand Zuber zum Armenrate des 17. Bezirks bestätigt.

Landwirtschaftliche Ausstellung in Amstetten. Der Gemeinderat bewilligte nach einem Berichte des G.-R. Scheder einen Beitrag von 200 K für die vom 26. bis 29. September 1908 stattfindende landwirtschaftliche und Obstverwertungsausstellung in Amstetten.

Die G. Amsel-Bezahlung in Ternberg. Der Gemeinderat genehmigte nach einem Berichte des G.-R. Grünbeck das vom Verein zum Schutze der G. Amselbezahlung in Ternberg f. vorgelegte Projekt für den Neubau dieser Bezahlung.

Der Schulhausbau des Vereines „Freie Schule". In der letzten Gemeinderats-Sitzung haben bekanntlich die Gemeinderäte Winarsky, Schmeiser, Klinger, Pfeffel und Thomas einerseits, die Gemeinderäte R. v. Germ und Dr. R. v. Hirsch andererseits Interpellationen wegen des Schulhausbaues des Vereines „Freie Schule" eingebracht. Die Interpellation wurde mit einem Magistratsbericht beantwortet, der im Wesentlichen nunmehr vorliegt. Er besagt: Über das am 9. Juli 1908 in der Magistratsabt. XIV eingebrachte Ansuchen wurde am 13. Juli die Bauverhandlung abgehalten. Diesbezüglich wurde sich selbstverständlich nur auf die Bauordnung des Magistrats vom Standpunkte der Bauordnung beschränken. Die Pläne wurden den Bezirksbehörden zur Mitteilung nach den Bestimmungen der Bauordnung zurückgestellt und wurden am 30. Juli dem Magistrate wieder vorgelegt. Inzwischen wurde auch die Zustellung des Bescheides eingeleitet, der bereits vor der Verhandlung vom Magistrate genehmigt, aber noch nicht abgefertigt worden war, an die Schutzstellen versendet. Nach dem gesetzlichen Vorschlage hat die Bau-Kommission bekanntlich keine Entscheidungsrechte, sondern ist es lediglich ihre Aufgabe, dem Magistrate das Gutachten für die Entscheidung nach den Bestimmungen der Bauordnung zu liefern.

Bei der Verhandlung wurde von seiten des Bezirksvertretungsobmannes gegen die Errichtung der Schule von dem in Aussicht genommenen Standorte erhoben und diese Bedenken in einer an das Gemeinderats-Präsidium gerichteten Eingabe, die der Mag. Abt. XIV am 29. Juli zukam, das näheren ausführt. Daher noch über diese Eingabe ein Bericht an das Präsidium erstattet wurde, erfolgte in einem Zeitungsblatte ein Artikel, in dem über eine angebliche Verzögerung der Erledigung des Bauansuchens geklagt wurde, der Magistrat nahm diesen Artikel zum Anlasse, sofort einen Bericht an den geschäftsführenden Herrn G.-R. Berger zu erstatten, in dem die Aufforderung des Magistrates dargelegt wurde, der Magistrat verweise die Aufforderung, daß die Zeitungsbehauptung, es sei Gefahr im Verzuge, unrichtig und unwahr.

Daß dieser die Beanspruchung
Entschädigung über das vorge-
nannte Projekt erst dann stellen
kann, bis seitens der Schulbe-
hörde ein Urteil über die
Zulässigkeit der Zweckbestimmung
vom schulbehördlichen Stand-
punkte aus abgegeben worden
ist. Diese Abschätzung des
Magistrats entspricht nicht
dem Ansatze, welcher in einem
Falle, in dem es sich um einen
anderen Zweckbau handelte, das
Amt für Schulhäuser im S. Bezirke,
das k. k. Ministerium des Innern
dem Finanzamt zur Schätzung
gab, als sie bei der Entscheidung
für ein Grundstück auf die Zweck-
bestimmung des Gebäudes zu Rück-
sicht zu nehmen, diese Abschätzung
entspricht aber auch der Praxis
des Magistrats selbst, da in
einem Falle ganz gleicher Art,
vor der Entscheidung über das
Ansuchen des Turnlehrer-Schul-
vereins für den Bau einer
Schule im 3. Bezirke gleichfalls
das Gutachten der Schulbehörde
eingeholt wurde.

Diese Anschauung des Magistrats
wurde auch von den Ausschüssen
für den Ausgleichsfonds
gebilligt. Inzwischen wurde dem
Verein „Freie Schule", der es bis
dahin noch immer unterlassen
hatte, das Bauplatzeigentum nach
Eigentum nachzuweisen, mit Schreiben vom 11. August 1908
von der beabsichtigten Einleitung
eines Enteignungs des k. k. Bezirks-
schulrates in Kenntnis gesetzt
und ihm bedeutet, daß abgesehen
von den oben bezeichneten Mäu-
geln, die eine weitere Be-
handlung des Ansuchens
unmöglich
machen, im Hinblick auf die
Umstände, die im § 34 der Verord-
nung vom 1. Juni 1908 für
die Enteignung des Bauplatzes
nicht wird eingehalten werden können.

Nach Kenntnisnahme des vorste-
henden Magistratsberichtes durch den
Herrn Vize-Bürgermeister und
nach Einholung des Beschlusses
des Stadtrates, und das Ersuchen des
Vereins wird es, die vorläufige
Zusicherung, die der Verein
erhalten, wird der Stadtrat
Angelegenheit an vorzüglich dem k. k.
Bezirksschulrate übermitteln.

Am 24. August 1908 hat sich
der Verein „Freie Schule" gegen
den erwähnten Magistratsbe-
schluß eine als Vorstellung an
Stadtrat Rabes bezeichnete Ein-
gabe an den Herrn Bürgermei-
ster gerichtet, deren Kenntnis-
nahme zur Aufrechnung mit den Aus-
führungen der Interpellation
sich darbietet.

Es muß dem Ersuchen der
Entschädigung über das Ansuchen
von der Zweckbestimmung
des Gebäudes nicht abgesehen
werden kann, der ferner die
Schätzung des Wertes des
Eigentumsrechtes und des
Bauplatzeigentumsrechtes im Gesetze
nicht vorschreiben, unzulässig
ist, wäre der Vorstellung keine
Folge zu geben und derselbe
als Rekurs an die Bezirksbehörde
vorzulegen.

---

15. Internationaler Straßenbahn-
Kongreß. Der internationale Straßen-
bahn- & Kleinbahn-Verein hält
heuer in München seinen 15. Kon-
greß ab. An der Spitze des Ver-
ein-Komitees steht der ersten
Vorsitzende, Minister für Verkehrs-
angelegenheiten R. v. Frauendorfer
als Ehrenpräsident fungieren Ober-
Bürgermeister und Bürgermei-
ster von München, Dr. Wag-
ner, Ehrenpräsident etc. Namens
der Gemeinde Wien weilen in
München Vizebürgermeister Schneider,
Gemeinderat Stängler mit
dem Betriebsleiter Gradetzky,
Magistratsrat Dr. Müller und
Ing. Czeikel. Das Land Niederös-
terreich ist vertreten durch
Landes-Rath Dr. Geßner, Landes-Rat
Zeiterfitz, Landes-Eisenbahn-Ober-
direktor Engelmann, das Eisen-
bahn-Ministerium durch den
k. k. General Pluschek. Viele be-
sondere wird der starke Inter-
essen-Zuzug aus Frankreich, des
8 Vorsitzenden vertreten
und die Kongreßsprache wird
französisch sein. Der Kongreß wird
durch einen Empfang, welcher
der Präsident des Vereins
General-Direktor Geschwind
(Brüssel) den Münchner Lokal-
Ausschuß, die Vertreter der
Regierungen, der Bezirksbehörden
und der Presse, Gelegenheit
zur Begrüßung, Gelegenheit
zur Begrüßung aller
Teilnehmer 3 Uhr nachm. ganz für
sich, statt. Die Eröffnungs-
sitzung fand am 4. August
im Bezirksrat statt, das Bahnhof
Restaurant statt, das bekanntlich
von einem Wiener, dem
Hofhalter Hans Barwitzer aus
der Grey eingerichtet und
betrieben wird. Inzwischen wurde
die Eröffnungs-Sitzung von
einem Vertreter des Verkehrs-
ministers. Hofrat Kumpera
Intern (Nürnberg) sich in
sehr interessanten und lebhaften
Vortrag über die wirtschaftliche
Bedeutung der großen Über-
landzentralen für die Ent-
wicklung des Kleinbahnwesens,
wobei er insbesondere die
in Bezug auf Ausgabe der Wasser-
kräfte, deren Ausnützung
für den elektrischen Betrieb
der Straßenbahnen vermittel-
bar bestehen, sowie die
Überlandzentralen
in den Kohlenrevieren von
Westfalen einer eingehenden
Besprechung unterzog. In der
Debatte wurde von einem
Vertreter Rußlands hervorge-
hoben, daß man sich auf in
Rußland sehr viel mit diesem
Problem beschäftigt, zum
Beispiel in der Ukraine
Dnieper, an der Dnie-
per-Fälle, wo man nicht mindes-
tens eine interessante Vortrag. Das
Präsidentschaft Hiffer der Lüber
Straßenbahnen über
das „Kalkschiffen" (Motorwa-
gen) mit Eisenbahnen.
Im Allgemeinen Teil gab
der Verkehrsminister Dem
Teilnehmern ein Frühstück.
In weiteren Verlaufe der
Verhandlungen spielt der
Direktor Stängler der Wiener
Stadt. Straßenbahnen einen sehr
interessanten und umfangreichen
Vortrag über Unfallverhütungen und
Unfallfälle.